



# POSITIV

## **Ständerat sistiert UNO-Migrationspakt**

[21.018 | UNO-Migrationspakt](#)

Einstimmig beschliesst der Ständerat, die Beratung des UNO-Migrationspaktes bis Ende Jahr zu sistieren. Die finanziellen und anderweitigen Forderungen, welche Migranten nach diesem UNO-Pakt neu an den Bund, die Kantone und die Gemeinden stellen können, beunruhigt offensichtlich auch die Kleine Kammer. Internationale Organisationen versuchen immer mehr, direkt Leistungsansprüche gegenüber der Schweiz geltend zu machen, ohne dass Volk und Parlament gefragt werden. Dies tun sie mit Beschlüssen, welche durch intransparente Gremien verabschiedet werden. Basierend auf «Soft Law» entsteht eine Anspruchshaltung, welche vor internationalen Gerichten eingeklagt werden kann, ohne dass die Schweiz diesen Ansprüchen zugestimmt hätte. Eine Subkommission soll deshalb zuerst die «Soft Law»-Problematik analysieren. Besonders brisant: Der UNO-Migrationspakt würde zu einer Personenfreizügigkeit für Wirtschaftsmigranten führen, denn diese könnten durch den Pakt einfacher in die Schweiz gelangen und hier mehr Leistungen vom Steuerzahler erzwingen.

## **Stabilisierung der AHV**

[19.050 | Stabilisierung der AHV \(AHV 21\)](#)

Die AHV soll mittelfristig aus ihrer finanziellen Schieflage geführt werden. Hierfür soll das Rentenalter für Frauen demjenigen der Männer angeglichen und die Mehrwertsteuer um 0.4% erhöht werden. Die SVP erreicht, dass zusätzlich die Bruttoerträge aus Negativzinsen der Schweizerischen Nationalbank neu der AHV zu Gute kommen sollen.

## **Nationalrat fordert mehr Landesverweise für kriminelle Ausländer**

[21.3009 | Landesverweisungen per Strafbefehl bei leichten, aber eindeutigen Fällen](#)

Der Nationalrat unterstützt eine Motion der Staatspolitischen Kommission, damit die vom Volk angenommene SVP-Initiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» korrekt umgesetzt wird. Dabei sollen kriminelle Ausländer, welche zu weniger als 6 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt werden, ebenfalls ausgeschafft werden können. Auch eine vom Steuerzahler berappte Verteidigung soll dem Delinquenten nicht automatisch zur Verfügung stehen, wenn ein Landesverweis droht. Und die Anwendung der Härtefallklausel, welche es vielen Kriminellen erlaubt in der Schweiz zu bleiben, soll verschärft werden.

## **Eine wichtigere Rolle für die Privatwirtschaft in der Entwicklungshilfe**

[20.4335 | Stärkerer Einbezug des Privatsektors in der Entwicklungszusammenarbeit](#)

Mit Unterstützung der SVP stimmt der Nationalrat einer Motion der Aussenpolitischen Kommission zu. Diese fordert, dass der Privatsektor Anreize erhält, sich in den am wenigsten entwickelten Ländern zu engagieren. Der Bund soll dabei mit Akteuren der Privatwirtschaft vermehrt gemeinsame Projekte durchführen, auch mit dem Ziel, die Bundeskasse längerfristig zu entlasten. Mit dieser Zusammenarbeit wird die Privatwirtschaft ermutigt, in den am wenigsten entwickelten Ländern zu investieren und neue Märkte zu erschliessen. Linksrün lehnt den Vorstoss ab, weil damit eine Einnahmequelle der stark subventionierten Nichtregierungsorganisationen versiegen könnte.



### **Nur die SVP will zur Normalität zurück und die «besondere Lage» aufheben**

[21.3157 | Covid-19. Aufhebung der besonderen Lage nach EpG Artikel 6 - jetzt!](#)

[21.3441 | Covid-19. Aufhebung der besonderen Lage nach EpG Artikel 6. Jetzt!](#)

Die beiden Kammern folgen dem Aufruf der SVP nicht, die sog. «besondere Lage» nach Epidemien-gesetz, Artikel 6 sofort aufzuheben. Dies trotz der Tatsache, dass die älteren und gefährdeten Personen in der Zwischenzeit grossmehrheitlich geimpft sind. Zudem hat sich die epidemiologische Lage im Vergleich zum ersten Quartal 2021 massiv verbessert. Daher gibt es keinen erkenntlichen Grund, die «besondere Lage» weiterhin aufrecht zu erhalten.

### **Staatlicher Einfluss auf die Medien wächst weiter**

[20.038 Massnahmenpaket zugunsten der Medien](#)

National- und Ständerat weiten die «Medienförderung» und somit die staatliche Einflussnahme sowohl im Bereich der Zeitungen als auch neu im Bereich der Online-Medien massiv aus. Die Mitte-Links-Parteien wollen, dass neu auch Online-Medien mit jährlich 30 Millionen Franken gefördert werden. Insgesamt fliessen dadurch 120 Millionen Franken zusätzlich in die Medienförderung. Gleichzeitig scheitert der Versuch, den Staatssender SRG bei seinem Online-Angebot zurückzubinden, um so die gegenüber den privaten Online-Medien unfaire Wettbewerbssituation zu korrigieren.

### **Corona verhilft dem öffentlichen Verkehr und dem Güterverkehr zu unnötigem «Subventionsboost»**

[21.3459 Mo. KVF-NR. Covid-19. Beiträge des Bundes an die finanziellen Lücken im ÖV auch fürs Jahr 2021](#)

[21.3460 Mo. KVF-NR. Milderung der pandemiebedingten Auswirkungen auf den Schienengüterverkehr im Jahr 2021](#)

Entgegen des Willens der SVP heisst der Nationalrat zwei Vorstösse gut, mit denen der öffentliche Verkehr und der Schienengüterverkehr unter dem Vorwand der Corona-Pandemie auch im Jahr 2021 mit zusätzlichen finanziellen Mitteln unterstützt werden soll. Ob öffentlicher Verkehr oder Güterverkehr, die Mitte und die Linken wollen die Aufstockung der Bundesausgaben zementieren. Die SVP lehnt diese Aufstockung angesichts der milliardenhohen Neuverschuldung ab.

## WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

### **Emissionsabgabe soll endlich abgeschafft werden – wichtige Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz**

[09.503 | Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen](#)

Die beiden Räte verlangen in der Schlussabstimmung die Emissionsabgabe abzuschaffen. Mit dieser Abschaffung wird das Eigenkapital, welches ein Unternehmer braucht, um eine Firma zu gründen, nicht mehr besteuert. Damit wird die steuerliche Bestrafung der Investitionstätigkeit eines Unternehmers endlich aufgehoben. Eine solche «Strafsteuer» auf die Schaffung von Eigenkapital ist weltweit einzigartig und stellt einen bedeutenden Wettbewerbsnachteil für den Schweizer Finanzplatz dar. Diese Abschaffung ist ebenfalls im Kontext eines erhöhten Drucks aus dem Ausland zu sehen. Die OECD wird einen Mindeststeuersatz für Unternehmen einführen, welchen den Produktionsstandort Schweiz unter Druck setzen wird. Um eine Abwanderung von Firmen aus der Schweiz zuvorzukommen, müssen andere Standortvorteile geschaffen werden. Dabei ist Abschaffung der Emissionsabgabe Teil der Stärkung des Produktionsstandorts Schweiz.

## MIGRATIONS- UND SOZIALPOLITIK

### **Nur die SVP wehrt sich gegen den Export von Kinderrenten ins günstige Ausland**

[20.412 | Keine Kinderrenten mehr ins Ausland ausbezahlen](#)

Ein AHV-Rentner, welcher betreuungspflichtige Kinder hat, bekommt zusätzliche Gelder hierfür. Die Höhe von diesen Kinderrenten hängt von der Kaufkraft der Schweiz ab. Unabhängig vom Wohnort dieser Kinder bleiben die Kinderrenten gleich hoch, obwohl Kinder beispielsweise in Rumänien viel günstiger wohnen als in der Schweiz. Nur die SVP tritt im Parlament für eine Korrektur dieses Missstandes ein.

## STAATSPOLITIK

### **Willkürliche Transparenz-Initiative zur Ablehnung empfohlen**

[18.070 Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung \(Transparenz-Initiative\). Volksinitiative](#)

[19.400 Mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung](#)

Die eidgenössischen Räte haben die Initiative zur Ablehnung empfohlen, welche an Absurdität und Realitätsferne kaum zu überbieten ist. Implizit würde allen Politikern Korruption unterstellt werden, was dem politischen System der Schweiz fundamental widerspricht. Die Mehrheit der eidgenössischen Räte hat jedoch Verständnis für das grundsätzliche Anliegen und möchte die Situation mit Hilfe eines indirekten Gegenvorschlages auf Gesetzesstufe verbessern. Beim indirekten Gegenvorschlag hat das Parlament deshalb nachgegeben und die letzte Differenz beim Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative ausgeräumt. Künftig müssen sich sowohl die Mitglieder des Nationalrats als auch des Ständerats an neue Transparenzregeln bei der Politikfinanzierung halten.

### **Parlament ändert das Differenzbereinigungsverfahren für Motionen**

[18.458 Differenzbereinigungsverfahren bei Motionen](#)

Mit der Änderung des Parlamentsgesetzes erhält der Erstrat neu die Möglichkeit, in der zweiten Lesung an seinem anfänglichen Beschluss festzuhalten, die Motion also in der ursprünglichen Fassung anzunehmen. Der Zweirat kann sie schliesslich ebenfalls so annehmen oder aber ablehnen. Ohne diese Änderung sieht sich der Erstrat der unzumutbaren Tatsache konfrontiert, seine eigene Motion ablehnen zu müssen, falls diese vom Zweirat zuvor abgeändert wurde, und der Erstrat diese Änderung nicht übernehmen will.

## SICHERHEITSPOLITIK

### **Schluss mit lächerlichem Sold für Armeeangehörige**

[19.4599 | Ein zeitgemässer Sold für unsere Soldaten!](#)

Der Sold für Militärdienstleistende wurde letztmals 1987 angepasst. Während jegliche Leistungen und Güter in den vergangenen Jahrzehnten teurer wurden, verharrte der Sold eines Soldaten unverändert auf 5 Franken pro Tag. Dies reicht kaum für einen Kaffee oder ein Bier. Eine Mehrheit des Nationalrates unterstützt deshalb das Begehren eine Kaufkraftanpassung des Solds in Angriff zu nehmen, um eine erhöhte Wertschätzung gegenüber den Armeeangehörigen zum Ausdruck zu bringen.

### **Die Schweiz soll bei der Kriminalitätsbekämpfung einfacher Informationen mit EU-Staaten und den USA austauschen können**

[21.027 Prümer Abkommen. Genehmigung des Eurodac-Protokolls zwischen der Schweiz und der EU und des Abkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika sowie deren Umsetzung](#)

Der Ständerat unterstützt einstimmig den Prümer Vertrag, das Eurodac-Protokoll und ein Abkommen mit den USA. Der Prümer Vertrag ist ein Abkommen unter Mitgliedstaaten der EU, das den Informationsaustausch verbessern soll, um Kriminalität effizienter zu bekämpfen. Das Abkommen ist keine Schengen-Erweiterung und entsprechend steht es der Schweiz frei, beizutreten. Damit sollen künftig Fingerabdrücke und DNA-Profile von Asylsuchenden oder Kriminellen einfacher ausgetauscht werden können.

## RECHTSFRAGEN

### **Nur die SVP will Behörden und Richter bei bedingten Entlassungen und Strafvollzugslockerungen in die Pflicht nehmen**

[13.430 n Pa.Iv. Rickli Natalie. Haftung bei bedingten Entlassungen und Strafvollzugslockerungen](#)

Sowohl der schreckliche Mord an der 19-jährigen Marie im Kanton Waadt wie auch der Fall des Au-Pair-Mädchens Lucie machen tief betroffen. Trotzdem lehnte es der Nationalrat ab, die Frist zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative Rickli zu verlängern. Diese verlangte, dass das zuständige Gemeinwesen für einen Schaden haftet, der entsteht, wenn eine wegen eines schweren Gewalt- oder Sexualdelikts verurteilte Person bedingt entlassen wird oder Strafvollzugslockerungen erhält und diese Person daraufhin erneut ein solches Verbrechen begeht.

## SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

### **Parlament empfiehlt teure Pflegeinitiative zur Ablehnung, will das Anliegen jedoch mit einem indirekten Gegenvorschlag umsetzen**

[18.079 Für eine starke Pflege \(Pflegeinitiative\). Volksinitiative](#)

Der Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer fordert mit der Volksinitiative "Für eine starke Pflege" mehr Pflegepersonal und die Sicherung der Qualität in der Pflege und möchte das in die Verfassung schreiben. Die verlangte Kompetenz für Pflegende, Leistungen eigenständig mit den Krankenkassen abzurechnen, hätte eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen zur Folge. Die Mehrheit der eidgenössischen Räte hat jedoch Verständnis für die Anliegen der Pflegenden und möchte die Situation mit Hilfe eines indirekten Gegenvorschlages und zielgerichteten Antworten auf Gesetzesstufe verbessern. Dieser wurde in der Frühjahrssession 2021 verabschiedet und tritt in Kraft, sobald die Volksinitiative abgelehnt oder zurückgezogen wird. Gemäss dem Gegenvorschlag müssen die Verbände der Pflegenden und der Versicherer gesamtschweizerisch geltende Verträge abschliessen. Mit diesem Instrument soll die mengenmässige Entwicklung der Pflegeleistungen, die ohne ärztliche Anordnung erbracht werden, überwacht und die Kostenfolge somit im Griff behalten werden. Ausserdem fördert der Bund die Ausbildungsoffensive in der Pflege mit 469 Millionen Franken. Vor diesem Hintergrund empfehlen sowohl die eidgenössischen Räte als auch der Bundesrat die Volksinitiative zur Ablehnung.

### **National- und Ständerat beschliessen Massnahmen gegen steigende Gesundheitskosten**

[19.046 Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung \(Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1\)](#)

Seit der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung 1996 bis 2017 stiegen die Bruttokosten zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) von 12 auf 32 Milliarden Franken. Damit haben sich die Kosten innert 20 Jahren fast verdreifacht. Die obligatorische Krankenpflegeversicherung musste folglich jedes Jahr pro versicherte Person durchschnittlich 4 Prozent mehr für die Vergütung von medizinischen Leistungen und Produkten ausgeben. Im Jahr 2018 konnte der Kostenanstieg dank kostendämpfenden Massnahmen etwas gebremst werden. Um den weiteren Anstieg der Gesundheitskosten und den dadurch verursachten stetigen Anstieg der Versicherungsprämien für die obligatorische Krankenversicherung zu bremsen, beschloss das Parlament nun den ersten Teil eines weiteren Massnahmenpakets. Neu sollen innovative, kostendämpfende Pilotprojekte zur Entlastung der Prämienzahler getestet werden können, die von den gesetzlichen Regeln abweichen. Eine weitere Massnahme ist die Einführung von landesweit einheitlichen Tarifstrukturen für ambulante Pauschaltarife sowie eine verbesserte Rechnungskontrolle, indem Leistungserbringer den Patienten eine künftig eine Rechnungskopie zustellen müssen, sofern diese von der Krankenkasse direkt bezahlt wurde.

### **Radikale Forschungsstopp-Initiative von beiden Räten einstimmig zur Ablehnung empfohlen**

[19.083 Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot - Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt. Volksinitiative](#)

Die Initiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» verlangt ein bedingungsloses Verbot von Tier- und Menschenversuchen. In der Verfassung sollen Tierversuche als Quälerei und Verbrechen eingestuft werden. Bestehende oder neue Produkte, für die Tierversuche durchgeführt werden müssten, dürften weder gehandelt noch ein- oder ausgeführt werden. Die Umsetzung der Initiative würde sich negativ auf die Gesundheit, die Wirtschaft und den Forschungsplatz Schweiz auswirken. In der Folge beschlossen beide Räte einstimmig die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

## **Räte wollen eine Gebühr für Bagatellfälle im Spital-Notfall**

[17.480 Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme](#)

Der Ständerat erteilt den Auftrag für eine Gesetzesvorlage, um die Zahl der Bagatellfälle in der Notfallaufnahme zu reduzieren. Die Zahl der Konsultationen in Spital-Notfallaufnahmen sind in Vergangenheit stark gestiegen. Viele Fälle entpuppten sich als Bagatellfälle. Das führt zu unnötig hohen Kosten. Im Ambulatorium eines Spitals koste eine Konsultation mehr als doppelt so viel wie in einer Arztpraxis. Die Räte haben der Initiative schlussendlich Folge gegeben, womit Kranke, die bei Bagatellfällen eine Notfallstation im Spital aufsuchen, künftig eine Notfallgebühr bezahlen sollen. Im Raum steht eine Gebühr von 50 Franken.

## **KULTUR UND SPORT**

### **Zutritt zu Anlässen: Kein Ausspielen von Geimpften, Getesteten und Genesenen gegen den Rest der Bevölkerung im Kontext von Corona**

[21.033 | Covid-19-Gesetz. Änderung \(Covid-Erwerbsersatz und Massnahmen im Sportbereich\)](#)

Das Parlament will keine Sonderbehandlung von Geimpften, Getesteten und Genesenen und verzichtet auf Bestimmungen, wie Zutrittsbeschränkungen oder Ausnahmen bezüglich Kapazitätsbeschränkungen für Anlässe. Gleichzeitig unterstützt die Mehrheit des Parlaments, dass die finanziellen Massnahmen im Kulturbereich nicht auf den Sankt-Nimmerleinstag verlängert werden. Es gibt keinen Grund zusätzliche Kultur-Hilfspakete bis in die erste Hälfte des Jahres 2022 zu schnüren, während einer Zeit in denen kulturelle Anlässe wieder möglich sind. Der Fokus muss aktuell auf der kompletten Öffnung der Gesellschaft liegen, dabei gilt es ebenfalls der Zementierung der Ausgabenpolitik von Linksgrün entgegen zu wirken.

## **VERKEHR, INFRASTRUKTUR UND MEDIEN**

### **Keine Gebühr für ausländische Autofahrer für die Gotthard-Benützung**

[19.3985 | Strassenbenützungsgeld für ausländische Fahrzeuge, die durch den Gotthard-Strassentunnel fahren](#)

Eine SVP-Forderung, dass im Ausland immatrikulierte Autos eine Gebühr für die Benützung des Gotthardtunnels bezahlen sollen, wird vom Nationalrat nicht unterstützt. Obwohl es nicht nachvollziehbar ist, wieso die Schweiz eine der effizientesten Strasseninfrastrukturen zwischen Nord- und Südeuropa Ausländern gratis zur Verfügung stellt, hat nur die SVP die Vorlage unterstützt. Anscheinend ist Linksgrün der Auffassung, dass die Schweizer die Infrastruktur für Ausländer unentgeltlich zur Verfügung stellen müssen. Gleichzeitig wäre Linksgrün bereit gewesen, mittels Umsetzung des CO2-Gesetzes eine Umverteilung in die Wege zu leiten und Schweizer Familien ans Portemonnaie zu gehen.

## **UMWELTPOLITIK**

### **SVP fördert die Erforschung und Innovation des Werkstoffs Holz**

[21.3293 Mo. Stark Erforschung und Innovation des Werkstoffs Holz für den Einsatz im Infrastrukturbau als Dekarbonisierungs-Beitrag](#)

Dank der SVP soll die Erforschung und Innovation des Werkstoffs Holz für den breiten Einsatz im Infrastrukturbau gefördert werden. Der Ständerat hat eine entsprechende Motion von Ständerat Jakob Stark (SVP/TG) einstimmig angenommen. So ist beispielsweise bei fachgerechtem Einsatz Holz bei Infrastrukturbauten in allen Bereichen ein sehr langfristiger und auch kostengünstiger CO2-Speicher. Hierzu ist aber eine funktionierende Wertschöpfungskette sowie die notwendige Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten.



## **Gentech-Moratorium verlängert**

[19.4225 | Verlängerung des Gentech-Moratoriums](#)

Seit 2005 ist das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen (GVO) zu landwirtschaftlichen Zwecken in der Schweiz wegen eines Moratoriums verboten. In Anbetracht des andauernden Klärungsbedarfs in Bezug auf den Gesetzesvollzug hinsichtlich Chancen und Risiken, möchte der Nationalrat das Moratorium bis 2024 verlängern. Die Freiheit von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) ist ein wichtiges Element für die Positionierung der Schweizer Lebensmittel im Markt. Die Konsumenten wollen gesunde, regionale und saisongerechte Lebensmittel von den lokalen Produzenten beziehen. Die Verlängerung des Moratoriums untermauert dieses Anliegen.

## **EINGEREICHTE VORSTÖSSE DER FRAKTION**

[21.3626 | Klärungen zum institutionellen Abkommen](#)

[21.3617 | Ausbau des Genfer Islam-Zentrums \(CIG\): Hat der Bund nichts zu sagen?](#)

## **EINGEREICHTE VORSTÖSSE VON FRAKTIONSMITGLIEDERN**

[Parlamentarische Initiativen](#)

[Motionen](#)

[Postulate](#)

[Interpellationen](#)

[Anfragen](#)

[Fragestunde](#)